

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Beitrag zum Druck des C. H. Schönerherren Buchverlag (Jahres 2. Stück) für die Schriftleitung verantwortlich A. Ström in Neuenbürg.

**Wagnispreis:**  
Haldenbach in Neuenbürg  
75 Wagnispreise. Durch die  
Halt im Ort- u. Oberamts-  
verträge, sowie im jährlichen  
Kauf. Verleiht 75 Wagnis-  
preise m. Wagnispreis.  
Beile treiblichen,  
Nachzahlung vorbehalten.  
Preis einer Nummer 10 Wagnis-  
preise.  
In Fällen von höherer Ge-  
walt besteht kein Anspruch  
auf Wiederholung der Zahlung  
auf Rückzahlung des  
Wagnispreises.

Bezahlungen nehmen alle  
Postämter, in Neuenbürg  
ausserdem die Postämter  
jederzeit entgegen.  
Kontokonto Nr. 24 bei der  
K. Postbank Neuenbürg

**Wagnispreis**  
Die einjährige Zeitschrift ab  
deren Raum im Bezirk  
15. April 20 Wagnispreise  
mit Zul. Steuer. Kauft-  
preise 100 Wagnis. Kauft-  
preise u. Kaufunterstützung  
2 Wagnis. 2 Wagnis. 2 Wagnis-  
preise.

Bei größeren Aufträgen ein  
zurechnendes Rabatt, der in  
Fälle des Wagnispreises  
hinreichend wird, ebenso wird  
Haltung nicht innerhalb  
1 Tagen nach Rechnungs-  
datum erfolgt.  
Bei Tarifveränderungen  
werden sofort alle früheren Be-  
ziehungen außer Kraft.  
Herausgeber Nr. 1  
Für telefonische Bestellungen  
sind besondere Ermäßigun-  
gen.

Nr. 101.

Neuenbürg, Mittwoch, den 30. April 1924.

82. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 28. April.** Die Vorstände der vier Oberschul-  
behörden, die Präsidenten Prader für die höheren Schulen,  
Fehle für die Hauptschulen, Reinhold für die evangelischen Volksschulen,  
Spinnagel für die katholischen Volksschulen, haben an  
den bisherigen Kultusminister Dr. Heber ein Schreiben geschickt,  
worin sie ihm anlässlich seines Rücktritts warmen Dank  
sagen für das Wohlwollen und die reiche Förderung, die die  
Schulen unter seinen Schulen und Anstalten im Laufe der letzten  
4 1/2 Jahre von Seiten des Ministers erfahren haben. Alle  
Schulangelegenheiten hätten sich gleichmäßig verständnisvoller Pflege  
und Unterstützung zu erfreuen gehabt. Die Sprecher der Ver-  
einigung aus, daß die übertragene Sachkenntnis des früheren Mi-  
nisters in der einen oder anderen Weise auch weiterhin der  
Förderung des Schulwesens als einer der wichtigsten und un-  
erlässlichen Vorbedingungen für eine bessere Zukunft von  
Land und Volk zugute komme.

**Rottenburg, 28. April.** (Der Fall Fürst.) Es ist nun  
richtig, daß der Bischof von Rottenburg dem Rottenburger  
Professor Dr. Fürst die Annahme einer Kandidatur für die  
Bürgerpartei verboten hat. Es ist interessant, was die ver-  
schiedenen Zeitungen dazu sagen. Die „Rottenburger Zeitung“  
schreibt, der Bischof befände sich im Recht und sagt, das kano-  
nische Recht lege die Entscheidung über die Erlaubnisverweigerung  
oder Erteilung bezüglich der Kandidatur ausschließlich in  
die Hand des Bischofs und Dr. Fürst ist und bleibe  
bis zu seinem Lebensende kraft des Sakramentes der Priester-  
weihe verpflichtet mit allen Konsequenzen für ihn, auch wenn  
er nicht in der Seelsorge stehe. Die „Süddeutsche Zeitung“ sagt,  
daß die jedem Deutschen nach der Weimarer Verfassung zu-  
stehenden Staatsbürgerrechte nicht einem ehemaligen kato-  
lischen Geistlichen gegenüber Geltung haben müssen.  
„Schwäbischer Merkur“ und „Stuttgarter Tagblatt“ nehmen  
dieselbe Stellung ein. Man ist auf die Stellungnahme von  
Professor Fürst gespannt.

**Berlin, 29. April.** Mit der internationalen Brüderlichkeit  
ist es beinahe eine eigene Sache. In der Stadtverordneten-  
versammlung in Bern in der Schweiz wurde vor zwei Mona-  
ten der Antrag gestellt, 10 000 Franken zur Unterstützung der  
deutschen Arbeiterbewegung zuzugestehen. Drei Monate  
wurde dieser Antrag durch die Haltung der sozialdemokratischen  
Fraktion verschleppt. Als er endlich zur Abstimmung kam,  
da verließen sozialdemokratische Abgeordnete in großer Zahl  
die Sitzung, so daß der Antrag abgelehnt wurde. Das meldet  
die „Rote Fahne“ in Berlin.

**Berlin, 29. April.** In der Umgebung des Feldmarschalls  
Dindenburg werden lebhaftest Bestrebungen über dessen Gesund-  
heitszustand geübt. Dindenburg ist nicht von einer bekann-  
ten Krankheit befallen, aber es soll sich um eine Art Kräfte-  
verfall handeln. — General Kossow ist zum Inspektionsgeneral  
für das neue türkische Heer ernannt worden.

## Einzelheiten über Morbidität und Morbidität der deutschen kommunistischen Tische.

Der erste Auftrag, welcher der Tische erteilt wurde, war  
die Ermordung des Generals von Seekt. Er sollte ermor-  
det werden, weil er als der gefährlichste Gegner der kommunisti-  
schen Partei für das Verbot der Partei verantwortlich ge-  
nommen wurde. Anfang Dezember 1923 befanden Boege und Egon  
von Neumann den Auftrag, die Eingänge zum Reichswehrmini-  
sterium in Berlin zu beobachten, um festzustellen, wann Gene-  
ral von Seekt ein- und ausging, von wem er jeweils begleitet  
wurde, welche Straßen er regelmäßig beging und insbesondere  
wann und wohin er ausritt. Die Beobachtung dauerte etwa  
eine Woche lang und zwar täglich von 8-10 Uhr vormittags  
und von 1-4 Uhr nachmittags, einmal auch abends. Nach-  
dem bekannt war, daß General von Seekt, wenn er ausritt,  
jeweils gegen 8 Uhr vormittags in Begleitung seines Adjutan-  
ten zu Fuß vom Reichswehrministerium nach dem Tiergarten  
ging, wo die Verstecke bereit standen, wurde der Entschluß  
gefaßt, ihn im Tiergarten während des Spaziergangs vom  
Versteck zu schießen. Die Ausführung wurde folgendermaßen  
vorbereitet: Ein Genosse wartete mit einem Fahrrad, bis Herr  
von Seekt das Reichswehrministerium in Begleitung seines  
Adjutanten verließ. Boege stand in der Tiergartenstraße bei  
der Einmündung der Wittelsbach-Strasse, Margies an der  
Siegessäule, Egon an der Kreuzung der Siegessäule mit der  
Eberhardstrasse. Egon, Boege, Neumann und ein weiterer, noch  
nicht ermittelter Genosse hielten in einem Teil des Tiergar-  
tens zwischen Großer Stern-Allee, Eberhardstrasse, Chaus-  
see, Bellevueallee und Tiergartenstraße bereit. Neumann hätte  
von Seekt vom Versteck geschossen, während Boege und der  
Dritte als Deckung für Neumann bestimmt waren und nötigen-  
falls den begleitenden Adjutanten erledigen sollten. Nach der  
Tat wollte Neumann einige mit Kunststoffs geschriebene Briefe  
am Latenz zurücklassen des Inhalts: „So rächt sich die Revo-  
lution. Der Hund der roten Hölle.“ Bei den in Berlin vor-  
gefundenen Geheimdokumenten befanden sich in der Tat vier  
solcher Briefe. Die drei Täter wollten darauf zu dem bereit-  
gestellten Kraftwagen gehen und wegfahren. Genau nach die-  
sem Plan ist dann auch tatsächlich die Ausführung erfolgt. Der  
Plan ist nur daran gescheitert, daß General von Seekt an dem  
bestimmten Morgen nicht ausgeritten ist, vermutlich, weil  
damals Glatteis war. Ebenso mißlang der Plan ein zweites  
Mal, weil von Seekt nicht kam.

Nach diesem wiederholten Mißerfolg ging Neumann ins  
Reichswehrministerium, gab sich dort dem Offizier vom Dienst ge-  
genüber als Berichterstatter einer Berliner Zeitung aus, der sich  
bei General von Seekt nach der gegenwärtigen Lage in Deutsch-  
land erkundigen wollte. Auf seine Frage, wo General von  
Seekt sich aufhalte, wurde ihm gesagt, von Seekt sei in Wei-  
mar und komme voraussichtlich am nächsten Sonntag vormit-

tag 9 Uhr zurück. Zurzeit dieser vermuteten Ankunft standen  
Neumann und Egon mit Fahrrädern am Anhalter Bahnhof  
bereit. Neumann wollte von Seekt niederschleichen, während  
Egon ihn decken sollte. Nach Verabredung der Tat wollten sie  
auf den Fahrrädern flüchten. Auch dieser Anschlag scheiterte  
daran, daß von Seekt nicht kam. Anßer diesen Anschlägen  
wurde von Margies der Vorschlag gemacht, den General von  
Seekt durch eine Bombe zu erledigen, die in den Kraftwagen  
des Generals von Seekt geworfen werden sollte. Margies hat  
darauf tatsächlich zur Probe eine Bombe hergestellt, indem er  
eine Monatsmahnfahrkarte mit dem der Tische zur Verfü-  
gung stehenden Sprengstoff füllte. Diese Versuchsbombe wurde  
dann auf freiem Gelände in der Nähe von Tempelhof ausprobiert.  
Die Wirkung war außerordentlich faul. Als Mitte  
Dezember 1923 in einer Wirtschaft, in der die Tischefamilien-  
der verkehrten, einige Festnahmen erfolgten, wurde der Plan  
zur Ermordung des Generals von Seekt in der Verhaftung,  
die Polizei habe davon erfahren, vorläufig aufgegeben.

Die zweite Aufgabe, die der Tische gestellt wurde, war die  
Ermordung des von der Partei als Spießgesellen bezeichneten  
Führers Johann Rauff in Berlin. In diesem Fall, der zur Tö-  
tung des Rauff führte, hat die Tische bewiesen, daß es ihr  
mit der Durchführung ihrer Aufgabe ernst war. Zunächst  
bekam Boege von Neumann den Auftrag, mit Rauff Ver-  
bindungen anzuknüpfen. Nachdem Boege durch Vermittlung  
eines Genossen, der den Rauff kannte, an ihn herangekommen  
war, stellte er dem Rauff Anstellung im Nachrichtenamt der  
Kommunistischen Partei in Aussicht. Am 29. Dezember 1923  
brachte Boege in einer Wirtschaft den Rauff mit Neumann  
zusammen, den er als Beobachter der Partei ausgab, der seine  
Anstellung und die Auszahlung des Gehalts zu erledigen  
hätte. Am 7. Januar 1924 nachmittags 2 Uhr gingen Neumann  
und Boege in die Wohnung des Rauff. Egon stand  
mit seinem Kraftwagen, in dem die Rauff betretenermäßig  
werden sollte, in der Nähe bereit, während Margies Posten stand.  
Es hat sich jedoch wiederum keine günstige Gelegenheit zur  
Ausführung der Tat. Gegen 6 Uhr nachmittags kam nun ein  
weiterer Plan des Neumann zur Ausführung. Nachdem Egon und  
Margies in einem Hinterhaus, in dem man durch eine Treppe  
zum Vorderhaus gelangte, abgesetzt waren, ging Boege in  
die Wohnung des Rauff. In dieser Treppe hielt sich  
Neumann bereit auf, daß er im Dunkeln stand und nicht ge-  
sehen werden konnte. Boege richtete dem Rauff aus, Neumann  
erwarte ihn im Hofraum. Rauff ging am Potsdamer  
Platz, um seine Anstellung endgültig zu regeln. Nach unge-  
fähr 1/2 Stunde ging er mit Rauff weg. Der Beobachter  
gemäß ging Boege einige Schritte vor Rauff und als dieser  
im Vorderhaus angekommen war, feuerte Neumann rasch  
hintereinander 7 Schüsse auf Rauff ab, von denen der erste ihn  
von der Seite traf, die Lunge verletzten, am Herz vorbeiging  
und die Niere zerriß, während der zweite Schuss im Oberarm  
haken blieb. Neumann und Boege eilten zu dem Kraft-  
wagen, den Egon bereit hielt und flüchteten in demselben. Neumann  
umarmte den Boege im Wagen und drückte seine Be-  
friedigung über die Tat mit den Worten aus: „So, der sagt  
nichts mehr.“ Die Beteiligten traten sich hierauf verabre-  
bungsgemäß unmittelbar nach der Tat bei einem Glas Bier  
im Hinterhaus am Potsdamer Platz. Rauff brach sofort, als er  
den ersten Schuss bekam, zusammen und wurde ins Kranken-  
haus gebracht, wo er am 17. März 1924 seinen schweren Ver-  
letzungen erlegen ist, nachdem er zuvor zu seiner Genugtuung  
erfahren hatte, daß die Festnahme der Täter gelungen war und  
die Tat nicht ungesühnt bleiben wird.

Der nächste Artikel wird einen geplanten Anschlag auf  
den württembergischen Innenminister Holz und andere Pläne  
behandeln.  
Die Strafsache gegen die Kommunisten wird vom Staats-  
gerichtshof abgeurteilt werden. Außer den in Stuttgart ver-  
hafteten 7 Beteiligten sind in Berlin etwa 20 Personen fest-  
genommen worden. Die „Tische“ hielt vier Versammlungen  
im russischen Konsulatsgebäude in Berlin ab.

## Ausland.

### Polen Eroberungspläne.

Ueber Polens militärische Ziele und Absichten hat sich am  
Montag bei der Eröffnung der Wiener Messe der polnische  
Staatspräsident Wojciechowski mit aller nur wünschenswerten  
Deutlichkeit ausgesprochen. Die Rede beruht nach mehr als  
einer Richtung hin stärke Beachtung. So erklärt der Staats-  
präsident unter anderem: Durch unsere Finanzaktion werden  
wir instande sein, unsere Armee auf eine solche Stufe zu heben,  
daß niemand wagen dürfte, nicht nur die Hand nach polni-  
schen Landen auszustrecken, sondern auch sich zum Richter zwi-  
schen der polnischen Regierung und den polnischen Bürgern aus-  
zusprechen. Die letzte Wendung zielt auf den Völkerverbund und  
das Haager Tribunal ab. Polen droht ganz ungeniert, daß es  
geschützt auf seine militärische Macht, sich irgendwelchen Ent-  
scheidungen dieses Gremiums, falls sie für Polen ungünstig  
sein sollten, nicht unterwerfen werde. Nicht minder bezeich-  
nend für den Geist, der die gegenwärtige polnische Regierung  
beherrscht, sind die Stellen der Rede, die sich nicht auf das be-  
reitwilligste, sondern auf das noch zu Erlangende beziehen.  
Der polnische Staatspräsident sagte: Wir haben viel er-  
rungen, was uns gebührt, aber noch nicht alles, noch nicht alle  
polnischen Gebiete, noch nicht alle Länder, die zur Erfüllung  
unseres Volkes notwendig sind, hat mit dem Völkerverbund ver-  
eint. Diese Anrede auf weitere Eroberungsabsichten Polens  
gegen Deutschland sind um so seltsamer, wenn man bedenkt,  
daß ungefähr ein Drittel der polnischen Staatsbürger aus  
Rückländern besteht.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Birkfeld, 29. April. Auf Montag abend ließ die

Deutschdemokratische Partei Einladung ergehen  
an die Wählerchaft im Gemeindebau, wobei Johannes  
Fischer-Stuttgart das Referat übernommen hatte. Leider  
war die Versammlung nur schwach besucht. Oberlehrer Frey  
hatte den Vorsitz übernommen. Er begrüßte den Referenten  
und erteilte ihm das Wort. Im ersten Teil seiner Ausfüh-  
rungen beschäftigte er sich mit der leidigen Tatsache, daß alle  
Wahlversammlungen so auffallend schwach besucht werden. Er  
habe es nie erlebt in den langen Jahren seiner parlamentarischen  
Tätigkeit, daß die Interessentlosigkeit in dieser wichtigen  
Sache so groß gewesen sei, wie eben jetzt. Er suchte den Grund  
hierfür in der Gleichgültigkeit der Wähler, wenn man es nicht  
geradezu Abgötterei nennen soll, welche Eigenschaften  
der Wähler eben wahrscheinlich berühren von der nun 10-  
jährigen Weidenschaft, durch welche unser armes deutsches Volk  
hindurch gehen mußte. Er kam dann auf die verschiedenen poli-  
tischen Fragen zu sprechen, zuerst die Fehler berührend, welche  
von der deutschen Regierung gemacht wurden gegenüber Eng-  
land und Frankreich schon vor dem Krieg und welche gerade  
den unglücklichen Krieg heraufbeschworen haben. Des weite-  
ren führte er aus, daß obwohl Deutschland eine Demokratie  
sei, es nicht nach demokratischen Grundsätzen regiert werde.  
Denn kam auch der Niedergang, die Zeit der Inflation, wo  
einem das Geld in den Händen zerrann. Wenn es jetzt mit  
Hilfe der stabilisierten Währung gelingt, die fortschreitenden mo-  
derellen Unterschiede einigermaßen auszugleichen, die Renten-  
und Sparvermögen aufzuwerten und unsere Wirtschaft in Er-  
dung zu bringen, so habe die Demokratie einen wesentlichen  
Teil dazu beigetragen, wie sie auch nach dem Zusammenbruch  
einmütig für die Rettung des deutschen Vaterlandes eingetreten  
sei. Auch der Abbau der Beamten, den Abbau der hohen  
Oberämter und des Landgerichtes soll freigeht. Die Aufbe-  
bung der fraglichen Oberämter sei ja schon lange aus Spar-  
kassenrückstellungen von der Regierung geplant gewesen. Nach-  
dem nun dieser Plan endlich seiner Realisierung entgegen-  
gehen sollte, hat es die Politik des Zentrums zuwege gebracht,  
die Regierung samt dem Staatspräsidenten zu kürzen. Im  
übrigen hat der Redner die anderen Parteien sehr schonend  
und vornehm behandelt. Seine Ausführungen machten einen  
guten Eindruck und wurden beifällig aufgenommen. Da sich  
niemand zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende die Ver-  
sammlung, indem er dem Referenten für seine interessanten  
Ausführungen danke und die Wähler ermahnte, von ihrem  
Wahlrecht fleißig Gebrauch zu machen.

## Württemberg.

**Stuttgart, 28. April.** (Neigungsbeschlagnahme.) Von zu-  
ständiger Seite wird mitgeteilt: Die Nr. 46 der „Süddeutschen  
Arbeiterzeitung“ vom 28. April wurde auf Grund eines Bes-  
chlusses des Amtsgerichts Stuttgart-Stadt beschlaggenommen  
wegen der Niederlegung einer Aufforderung zur Demonstration  
am 1. Mai.

**Stuttgart, 28. April.** (Von der Straßenbahn überfahren  
und getötet.) Bei Befahren eines in voller Fahrt befindlichen  
Straßenbahnwagens kam am 27. April abends auf der Neuen  
Weinsteige ein 23 Jahre alter Arbeiter zu Fall, geriet unter  
den Anhängenwagen, wurde überfahren und getötet. Ein Ver-  
kündener dritter Personen liegt nicht vor.

**Ludwigsburg, 29. April.** (Törichtes Verbrechen.) Sonntag  
nachmittags kam ein Rehbod schwimmend durch den Ranzen-  
see. Statt das berstrenge Tier in Kulte zu lassen, damit es sich  
seinen Weg ins grüne Revier wieder selbst finden konnte, wurde  
es von einer Schar Unberufenen am Herd ergriffen und  
durch Johlen und Schreien weitergebeut. Das geängstigte Tier  
flüchtete gegen den Honorarpost und verirrte sich schließlich  
in einer Drahtumzäunung der Honorarpost. Als er hier  
von einem Postanten befreit werden sollte, brach der Rehbod  
kraftlos zusammen und war verendet. Es war ein Habelbock,  
dessen Geweih noch mit Haat überzogen war. Allen denjen-  
igen, die es als besonderes Sonntagsergnis betrachteten, das  
ebensolch geängstigte Tier in den Tod zu bringen, sei gesagt, daß  
ein derartiges Verhalten, das schon vom rein menschlichen  
Standpunkt aus schärfstens zu verurteilen ist, als Verletzung  
gegen die Jagdgesetze strafbar ist.

**Göfen, 28. April.** (In schlechter Ge-  
sellschaft.) Mädchenhändlern in die Hände gefallen ist eine 25-  
jährige Bauerntochter von hier. Sie hatte sich nach flüchtiger  
Veranlassung mit einem Badenfer verlobt. Der Bräutigam  
lud die Braut zu einem Ausflug nach Karlsruhe ein. Dort  
wurde in einer Wirtschaft in männlicher Gesellschaft gesocht.  
Selbst fehlt von dem Mädchen jede Spur.

**Eslingen, 29. April.** (Zu dem Familien-drama.) In der  
folgenden Woche hat der Kaufmann Otto Berner sich noch  
genügend: Berner und seine Frau waren erst ein halbes Jahr  
verheiratet. Sie wohnten bei den Schwiegereltern. Die Ehe  
war von Anfang an nicht glücklich. Es gab viele häßliche  
Zwischfälle. Der Schwiegerbater Spinnagel soll Berner öf-  
ters geschlagen und bedroht haben. Berner schloß sich sehr un-  
glücklich, nahm aber alles ruhig hin. Nach am letzten Freitag  
kam es zu Auseinandersetzungen, wobei Spinnagel den Schwie-  
gerbater auf die Straße geschoben haben soll. Seitdem wohnte  
Berner nicht mehr bei den Schwiegereltern. Er floge sein  
Veld seiner Schwieger und fühlte an seine Eltern in Eslingen,  
daß man seine Weide festieren müsse, falls er plötzlich sterben  
sollte, da er vermute, daß ihm seit einiger Zeit Gift beigebracht  
worden sei, dessen Wirkung sich durch stundenlange Uebelkeit  
gezeigt habe. Berner wollte nach dem letzten Streit am Frei-  
tag nach Tübingen verziehen. Aber die Frau weigerte sich,  
mitzugehen und wollte auch das Kind nicht demüßigen. Berner  
wachte sich an das Stadtschultheißenamt und am nächsten  
Montag sollte Termin zur Schlichtung der Angelegenheit sein.  
Am Sonntag abend ging Berner in das Haus der Schwieger-  
eltern, um mit seiner Frau zu sprechen. Dabei hörte er von

**Derfch. Beiträge  
zusammen**

täglich	Anteil des Betr.
—07	—04,5
—11	—07
—19	—12
—23	—14,5
—30	—19
—34	—21,5
—41	—26
—46	—29
—50	—31,5
—57	—36
—64	—40,5
—68	—48

**Debernet.**  
April 1924.  
Teilnahme  
gewisser und  
während  
auf diesem  
lieben.

1924  
Z.  
Kamten die  
Frau, unsere  
und Tante  
nu,  
er von 54  
ten ist.  
nen:  
Kindern.  
Uhr.

Neuenbürg.  
Zentner  
ZU  
am liebsten gegen  
Berstraße 404.  
Kensfeld.  
rlaufen:  
undschiff-Näh-  
d Tourenfahr-  
artenstraße 49,  
Telefon 12.

en in Herrenalb:  
gut erhaltene  
tten.  
agen erbeten an  
Geschäftsstelle.





ausen sein Kind schreien. Später machte er dann mit seiner Frau einen Spaziergang über den Turnplatz. Der Schwiegervater Spanagel ging den beiden nach. Als er von der Tochter verlangte, sie möge mit ihm ins Haus zurückgehen, schloß ihm Berner eine Kugel durch die Brust, dann gab er zwei Schüsse auf Hals und Schläfe seiner Frau ab. Hinzukommenden Leuten sagte Berner: Nur Ruhe! Er ging dann in die Wohnung seiner Schwöster und schloß sich dort eine Kugel durch den Kopf. Als man ihn fand, lag er auf dem Gesicht blutend am Boden. Er und sein Schwiegervater wurden ins Krankenhaus geschafft, während die verlorbene Frau Berner im sterblichen Hause angedahrt wurde.

**Gödingen, 29. April.** (Das Familiendrama.) Der Kaufmann Otto Berner, der seine Frau getötet und seinen Schwiegervater Spanagel schwer verletzt hat, ist am Montag nachmittag im Krankenhaus gestorben. An Spanagel wurde noch in der Nacht zum Montag eine Operation vorgenommen, die gut verlief, so daß Spanagel nach ärztlicher Ansicht außer Lebensgefahr ist. Berner hatte nicht nur eine Kehrluftröhre bei sich, sondern auch einen Schlagring. In seiner Wohnung fand man eine weitere geladene Waffe.

### Baden.

**Forsheim, 29. April.** Die Schreinerei der Kraftfahrzeuge in Forsheim wurde heute nacht durch Feuer zerstört.

**Konstanz, 29. April.** Unter der Auflage der räuherischen Erpressung und Rötigung stand der 36 Jahre alte ledige Schreiner Josef Warthall aus Forsheim, vor dem hiesigen Schöffengericht. Wegen Weibliche waren mißangefragt der 26-jährige Tagelöhner Joseph Barth und der 47jährige Tagelöhner Eugen Striegel in Frickingen. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie mit noch etwa 20 weiteren, bisher nicht festgestellten Menschen unter der Führung des Marschall in der Nacht vom 1. zum 2. November vorigen Jahres zunächst bei dem Landwirt Lorenz auf dem Föhrenhof und dann bei dem Gutbesitzer Wä in Krähenried, nachdem sie das Haus umstellt hatten, erschienen sind und unter vorgehaltenem Revolver die Herausgabe von verschießen Maschinengewehren verlangten, andernfalls innerhalb 10 Minuten das Wohngebäude in die Luft gelingert würde. Nach erfolgter Durchsuchung des Hauses wurden bei Gutbesitzer Wä die Telephondrähte abgeschnitten, dieser selbst verhaftet, später aber wieder freigelassen. Nach erfolgter Durchsuchung des Anwesens des Landwirts Lorenz sah die Hande noch ein gemülltes Stänbchen bei Brot und Most zusammen. Marschall ist Kommunist und vielfach verurteilt, u. a. auch wegen Landesverrats zu 3 Jahren Gefängnis. Er hätte die Tat im Auftrag der Kommunistischen Partei begangen, da bekannt geworden sei, daß in den beiden Höfen Reichsmengenverstecke verhehelt seien. Das Gericht verurteilte Marschall wegen verurteilter und vollendeter räuberischer Erpressung zu 2 Jahren 6 Monaten, Barth und Striegel wegen Weibliche zu je 6 Monaten Gefängnis.

**Mannheim, 29. April.** Ein Anführer aus den Oktober-Unruhen, der 25 Jahre alte Fabrikarbeiter Johannes Bayer aus Mannheim, mußte sich wegen Landfriedensbruchs, Auftrahs, Körperverletzung und Teilnahme an einer verbotenen Versammlung vor dem Schöffengericht verantworten. Bayer hatte bei den Oktober-Unruhen eine besonders aktive Rolle gespielt. Er stand auch unter dem dringenden Verdacht, den Badmischer Führer erschossen zu haben. Ein Zeuge machte gegen ihn sehr bestimmte Aussagen, eine reifliche Aufklärung konnte jedoch nicht geschaffen werden. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten, abzüglich 4 Monate Untersuchungshaft verurteilt.

### Vermischtes.

**Großfeuer.** Der 'Sokolanreiger' meldet aus Hamburg, daß Samstag früh in den Möbelwerkstätten von Rudolf Rosch in der Vorstraße Großfeuer ausbrach. Ein großes Lager von Möbeln aller Art, Stoffen, Matratzen gab dem Feuer reichliche Nahrung. Die nach dem Wasser gelegenen Wände des Gebäudes brachen zusammen und stürzten ins Wasser. Sämtliche Räume der Möbelfabrik sind vollständig ausgebrannt.

**Einfbruch in der Villa Fortmann in Berlin.** In der Villa des beim Eisenbahnunglück in Wellingtona mit seiner Familie verunglückten Generaldirektors Fortmann in Randow ist in der Nacht zum Sonntag ein Einbruch verübt worden. Als die Diebe beim Fortschaffen der Beute waren, wurden sie vom Wächter gefolgt, der auf die Flüchtigen mehrere Schüsse abgab, von denen der eine getroffen haben muß, denn man fand auf der Straße frische Blutspuren. Das Ueberraschungsmando nahm die Verfolgung der Verbrecher auf, jedoch ohne Erfolg.

**Folgerschweres Automobilunglück.** Blättermeldungen aus Landshut an der Warthe zufolge, kam in der Nähe von Schwering an der Warthe ein Automobil auf der abschüssigen Straße beim Ausweichen vor einem Fährwerk ins Schleudern und überschlug sich in voller Fahrt. Von den Insassen wurde ein Major Witte und der Kreiswehrschußsekretär Weinert getötet. Der Fahrer des Kreiszweises Schwering, der sich ebenfalls in dem Automobil befand, kam mit einem Nervenschuß und Hautabschürfungen davon. Sein Kutscher erlitt einen Schädel- und Armbruch.

**Fabrikbrand.** Die Knopfabrikationsmaschinenfabrik Sytar u. Sonders in Schmälde bei Altenburg in Thüringen, in der über 1000 Arbeiter beschäftigt sind, ist nach einer Meldung des 'Berliner Sozialanzeigers' bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Es wird Fabelhaftigkeit oder fabelhafte Brandstiftung vermutet.

### Handel und Verkehr.

**Stuttgart, 29. April.** Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachtvieh waren zugeführt: 39 Ochsen, 27 Bullen, 146 Jungbullen (unserhauft 10, 100 Jangrinder, 93 (10) Rühr, 535 Rührer, 649 Schweine, 44 Schafe, 4 Ziegen. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 39-42 (letzter Markt: 38-41), 2. 26-35 (26 bis 34), Bullen 1. 33-35 (31-33), 2. 29-39 (24-31), Jangrinder 1. 24-40 (45-47), 2. 35-42 (35-41), 3. 25-32 (una.), Rühr 1. 28 bis 34 (27-33), 2. 18-24 (17-24), 3. 12-16 (11-15), Küller 1. 56-60 (58-62), 2. 48-54 (48-55), 3. 38-44 (una.), Schweine 1. 59-61 (60-63), 2. 53-57 (54-58), 3. 42-51 (42-52) Pfennig. Verkauf: ruhig, bei Großvieh Ueberhand.

**Stuttgart, 29. April.** Der mit ca. 1500 Pferden beladene Pferdewagen war gestern außerordentlich stark besucht. Es hatten sich aus allen Teilen des Landes Kauflustige eingefunden, aber das Geschäft wollte vormittags nur wenig und nachmittags nicht allzu lebhaft in Gang kommen. Die Geldknappheit wirkte sehr hinderlich. Das vorhandene Pferdewagenmaterial war vorwiegend von bester Qualität. Schöne Pferde kosteten 3000-4000 Mark, mittlere Pferde etwa 2500, Kaiserpferde 3-5000 Mark.

**Forsheim, 29. April.** (Schlachtviehmarkt.) Auftrieb: 10 Ochsen, 3 Rühr, 17 Künder, 12 Farren, 4 Rührer, 75 Schweine. Erlös aus je einem Pfund Lebendgewicht ohne Zuschlag: Ochsen 1. 46-50, Künder 1. 48-52, Ochsen und Künder 2. 32-38, Rühr 20-36, Farren 32-38, Rührer 52-60, Schweine 60-64. Ueberhand: 9 Stück Großvieh, 17 Schweine. Marktverlauf: sehr langsam.

### Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 29. April. Der Kirchenpräsident D. Dr. von

Wittmann erinnert und ermahnt: Jedes wolle nach seiner Ueberzeugung, aber alle als ewangelische Christen. Unbedeutend feste für Vaterland und engere Heimat auf dem Spiel. Die Belange christlicher Sitte und Sittlichkeit, das Fundament des inneren Wiederaufbaues unseres Volkes hängen weit von der Abstimmung in den Parlamenten ab und diese wird zum Voraus durch die Wahlen entschieden.

**Stuttgart, 29. April.** Der Verband der gemeinnützigen Bauvereine Württembergs hat im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen an alle politischen Parteien über ihre Stellung zu der Frage des Wohnungsbaues folgende Fragen gerichtet: 1. Welche Maßnahmen sind von Ihrer Partei zur Förderung des Wohnungsbaues beabsichtigt? 2. Ist Ihre Partei insbesondere bereit, dafür einzutreten, daß die Gebäude-Entschuldigungssteuer nicht bloß zu 15 Prozent, sondern im vollen Betrag für den Wohnungsneubau verwendet wird? 3. Ist Ihre Partei, sofern die Staatsoberbehörden das in Ziffer 2. Verlangte nicht zulassen sollte, bereit, dafür einzutreten, daß durch Erhebung einer fortlaufenden Wohnungsabgabe in tragbarer Höhe und in zweckmäßiger Form dem Wohnungsneubau für die Uebergangszeit die unbedingt nötigen Mittel zugeführt werden? 4. Ist Ihre Partei dafür, daß mit den so ausgeschöpften Mitteln in erster Linie der gemeinnützige Wohnungsneubau gefördert wird? - In einer Begründung erläuterte der Verband seine in den Fragen selbst ausdrückliche Stellungnahme zu dem Wohnungsbauproblem.

**Baden, 29. April.** Der Gastwirt Jenny, der Inhaber des allen Badenbesuchern wohlbekannten 'Dreikönig' in Böggis, ist am Samstag die 300 Meter hohe Felswand des Simplers abgestürzt und mit zerstückelten Gliedern liegen geblieben.

**München, 29. April.** Den Angehörigen der beim Eisenbahnunglück in Wellingtona Getöteten und Schwerverletzten sprach der erste Bürgermeister Schmid im Stadtrat die Teilnahme der Stadtverwaltung München aus, wobei er besonders des tragischen Todes des früheren Staatssekretärs Dr. Belfried gedachte.

**Unglücksfälle, 30. April.** Bei einem Zusammenstoß zweier Automobile auf der Straße Reusbad a. D.-Leibesheim wurde der Fabrikbesitzer Konrad aus Reusbad a. D. getötet.

**Essen, 29. April.** Heute abend wurde über die Arbeitszeitfrage im rheinisch-westfälischen Bergbau ein Schiedsgericht gebildet. Darnach beträgt die Schichtdauer der Arbeiter unter Tage vom Beginn der Seilfahrt bis zum Wiederbeginn im allgemeinen 8 Stunden. An Arbeitspunkten mit Temperatur über 28 Grad Celsius beträgt sie bis 7 Stunden. Die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, arbeiten bis 9 Stunden. Die wöchentliche reine Arbeitszeit für die Arbeiter über Tage einschließlich der an den Rasttagen, in den Brillenfabriken usw. beschäftigten Arbeiter beträgt 56 Stunden. Diese Regelung gilt ab 1. Juni 1924.

**Breslau, 30. April.** Ein Mitglied der französischen Kontrollkommission tritt bei einem Zusammenstoß seines Motorrades mit einem Radfahrer schwere Verletzungen, an deren Folgen er bald darauf starb. Seine Begleiterin kam mit Hautabschürfungen davon, während der Radfahrer einen schweren Beinbruch davon trug.

**Berlin, 29. April.** Die Funktionärversammlungen der Angehörigen der Berliner Hochbahn, Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften haben beschlossen, von der Durchführung einer Streikaktion am 1. Mai Abstand zu nehmen. - Der Antikommunisten rechtsradikaler Kreise gegen den Chef der deutschen Hverleistung von Seest. wird voraussichtlich im Mai die Gerichte beschuldigen.

**Berlin, 29. April.** Der Reichsfinanzminister hat das wertbehaftete, auf Gold laufende Notgeld in der Provinz Sachsen und im Gebiet der freien Hansestädte Hamburg und Lübeck mit Wirkung vom 10. Mai aufzurufen. Die Einlösungfrist läuft bis einschließlich 10. Juni. Ueberbrüt von dem Aufzuruf bleibt das Notgeld der Reichsbahn, und der Hamburger Bank vom Jahre 1923. Der Reichsfinanzminister hat die als Deckung für das aufzurufene Notgeld hinterlegte Galbanleihe bzw. vorseitigen Scheckanweisungen mit Wirkung vom 8. Mai freigegeben.

**Hamburg, 30. April.** Blättermeldungen zufolge muß das Hamburger Kollschiff 'Berta', das seit seiner Abfahrt von Jacksonville am 31. Januar d. J. überfällig ist, endgültig als verloren betrachtet werden. Ein großer Teil der Mannschaft war in Jacksonville desertiert. Der Kapitän hatte dann als Ersatz amerikanische Seeleute angenommen. Die seemannliche Verhandlung hierüber findet demnächst hier statt.

**Büsch, 29. April.** Aus dem schweizerischen Flugplatz in Tälerboden bei Büsch ereignete sich heute vormittag ein schwerer Flugunfall. Ein Militärflugzeug, mit dem Leutnant Otto als Führer und dem Leutnant Scheidegger als Beobachter, war zu einer militärischen Übung aufgestiegen. Wählch riefte der Apparat ab und schlug mit aller Wucht auf der Erde auf, wobei er explodierte. Der Führer verbrannte völlig, der Beobachter erlitt einen schweren Beinbruch.

**Stuttgart i. W., 29. April.** Die lothringische Besetzung des früheren Kaiser Wilhelm II. Urville bei Courcelles, ist im Auftrag des französischen Staates zum Verkauf gestellt worden. Der Verkaufspreis war mit 650 000 Franken veranschlagt. Es fand sich jedoch kein Käufer. Der Hof umfaßt etwa 200 Hektar.

**Paris, 29. April.** Nach einer Davos-Meldung aus Weill hat Deunis vor seiner Abreise aus Paris gestern dem Pariser Berichterstatter der 'Livre Belgique' erklärt: 'Ich verhehle nicht, daß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind, aber die Tatsache, daß wir am Donnerstag unsere Reise nach London fortsetzen werden, zeigt klar und deutlich, daß wir davon überzeugt sind, eine allgemeine Verständigung erreichen zu können.'

**Reinhold, 30. April.** Young und Robinson, die an Bord des Dampfers 'Leviathan' angekommen sind, bringen in einer gemeinsamen Mitteilung auf die Beteiligung Amerikas an der Ausführung des Sachverständigenplanes, besonders bezüglich der Deutschland zu gewährenden Anleihen, die eine gesunde Kapitalanlage darstelle und für die umfangreiche Wirksamkeit gegeben seien. Die Anleihen würde dem Dawosplan Wirksamkeit geben, die wirtschaftliche Ruhe und die Konjunktur Europas wiederherstellen und zu einer Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit führen.

### Veränderung von Staatsgeldern.

**Stuttgart, 29. April.** Gegen einen von der 'Schwäb. Tagwacht' aus wohlglatorischen Erwägungen veröffentlichten Artikel unter dieser Ueberschrift wendet sich eine amtliche Darstellung, der wir folgendes entnehmen: Die Grundlage für die Verhandlungen des Finanzministeriums mit der früheren landesherrlichen Familie bildet das Abkommen der provisorischen Regierung mit den Vertretern des früheren Königs vom 29. November 1918, das auch die Unterzeichnung von fünf sozialdemokratischen Ministern trägt und vom Senat mit Beschluß vom 23. Juni 1919 bestätigt worden ist. Dieses Abkommen trat nur einen künftigen Charakter und die Regelung der Einzelfragen blieb der nachfolgenden Untersuchung und Vereinbarung vorbehalten. Die Wirtmentente der früheren Königin war in dem Abkommen auf jährlich 100 000 Mark festgesetzt worden und wurde von der Berglassungsbenden Landesver-

halten. Demnach mußte die Rente auch dem jeweiligen Geldwert angepaßt werden, ebenso wie die Ausgehälter der Beamten. Die Erhöhung der Rente blieb indessen in ihrem Nominalwert weit unter dem Goldmarkwert der im November 1918 vereinbarten 100 000 Mark zurück, wie auch heute die Königin nur einen Bruchteil des Goldmarkwertes der ursprünglichen Rente bezieht. Infolge des Charakters der Rente als einer staatsrechtlichen Pension konnte auch ihre Fortbezahlung in einem der jeweiligen Geldwertverhältnisse entsprechenden Betrag nicht davon abhängig gemacht werden, ob die Königin sonstige Besüge aus Privatvermögen hat. Uebrigens bei der derzeitige Inhaber des Hofamtenens die Königin aus den Erträgen des Hofamtenens in weitgehendem Maße subventioniert und die Privatvermögen des früheren Königs haben die Königin in einem über ihre Rechtsansprüche weit hinausgehenden Betrag an dem Rückhalt des Königs beteiligt. Das Privatvermögen des Königs ist durch das Abkommen vom 29. November 1918 nicht berührt worden. Es genießt den Schutz der Verfassung. Soweit daher bei der Nachprüfung der in dem Schloßern, staatlichen Sammlungen, Anlagen usw. befindlichen Gegenstände Privatvermögen festgestellt wurde, mußte es entweder vom Staat herabgegeben oder wenn der Staat es behalten wollte, den Eigentümern entschädigt werden. Mit den Privatvermögen wurde ein Vertrag abgeschlossen. Die Privatvermögen sind sehr weitgehend entgegengelassen und Meinungsverschiedenheiten sind seitens der Privatvermögen in lokaler Weise im Ganzen des Staats gelöst worden.

Das Hofamtenensgut (Familienfideikommiß der landesherrlichen Familie) ist bereits durch die Verfassung von 1819 als Privatvermögen der königlichen Familie anerkannt und seither als solches behandelt worden. Dem Hofamtenensgut gehört auch die sog. Kaufkammer, die einen Teil der staatlichen Altvermögen umschließt. Die Kaufkammer wurde 1917 'unter Vorbehalt der Rechte des königlichen Hauses' mit den staatlichen Sammlungen vereinigt. Will der Staat die Kaufkammer erwerben oder sich wenigstens den weiteren Besitz erhalten, so muß er eine Gegenleistung geben.

Das Abkommen vom 29. November 1918 wurde von dem früheren König nur für seine Person abgeschlossen und hat die der landesherrlichen Familie zuwendende Rente nicht berührt. Nachdem Ansprüche der landesherrlichen Familie erhoben worden sind, mühen diese pflichtgemäß geklärt werden. Hierbei hat das Finanzministerium im wohlverstandenen Staatsinteresse einen gerechten und billigen Ausgleich angestrebt.

Zusammenfassend wird dabei festgestellt, daß von einem Hinsingeben über die früheren Verbindlichkeiten und von einer Verzichtserklärung von Staatsgebern keine Rede sein kann. Die pflichtgemäße Wahrung der Interessen des württ. Volkes kann nicht dadurch geschehen, daß private Rechte Eigentums- und sonstige vermögensrechtliche Ansprüche der Beteiligten einfach ignoriert und daß diese schließlich auf den Weg des Zwangsrechts gedrängt werden. Der verfassungsmäßig berechtigten Vertretung des Volkes ist die Wirksamkeit dadurch gesichert, daß über den Gang der Verhandlungen einer besonders hierfür bestellten Kommission des Landtags jeweils Aufklärung gegeben wurde und daß die endgültige Genehmigung der Verhandlungen dem Beschluß des Landtags unterliegt.

### Französischer Regiebetrieb.

**Sigmaringen, 29. April.** Zwei unglückliche Vorkommnisse bildeten in der letzten Zeit das Stadtbild. Ein hiesiges Lagerhaus bestellte frühzeitig im Saargebiet einen Wagen Thomasphosphatmel. Alles freute sich, als Mitte Februar die Nachricht kam, daß der Wagen abgegangen sei. Aber es wurde April, und der Wagen war noch nicht in Sicht. Das Lagerhaus wurde mit Ängsten und Besorgnissen überhäuft, wo sich die Feldbesetzung nicht mehr länger hinausschieben ließ. Endlich am 14. April traf der Wagen ein. Er war zwei Monate lang auf den Regiestellen hin- und hergezogen worden und die Landwirte mühten mit der dringenden Reinigung der Felder warten. Die Unfähigkeit der Franzosen ist bekannt, ihr böser Wille nicht minder. Ein Robbenwagen war vom 2. Februar bis zum 16. April von Sitteln bis nach Rehl unterwegs und legte täglich 3 Kilometer zurück. In Friedenszeiten hätte der Wagen die Strecke bis Sigmaringen in drei Tagen zurückgelegt. Die Regiestellen können nicht bald genug verwickeln.

### Auch die bayerischen Industriellen für das Gutachten.

Die Vorstandschäft des Bayerischen Industriellenverbandes hat bei den allgergrößen Bedenken gegen die Hobelrechte des Deutschen Reiches das Gutachten der Sachverständigenkommission als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen für die Lösung des Reparationsproblems anerkannt. Der Verband der bayerischen Industriellen billigt daher die Absicht der Reichsregierung, auf Grund des Gutachtens in Verhandlungen einzutreten. Auch der Gesamtverband des Verbandes Rheinischer Industrieller hat sich nach eingehender Beratung einstimmtig auf den Boden der vom Reichsverband der Deutschen Industrie abgegebenen Erklärung zum Sachverständigen-Gutachten gestellt, die, wie gemeldet, in dem Gutachten eine Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems liegt. - Die Ueber-einstimmung der rheinischen Industrie mit der Auffassung des Reichsverbandes erweist namentlich auch deshalb bedeutsam, weil vom Reichsverband gerade die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit für das besetzte und umbelebte Gebiet nachdrücklich betont wird.

### Anschlag auf einen demokratischen Reichstagskandidaten.

Wie aus Osnabrück gemeldet wird, wurde in der Stadt Hürstenau ein Attentat auf das Auto des demokratischen Reichstagskandidaten Schmidt-Bodornersd verübt. Schmidt, der im Westen als Führer der Kleinbauern und Siedler sehr bekannt ist, hält seit einigen Wochen im Regierungsbezirk Osnabrück Wahlversammlungen ab. Beim Parkieren der Stadt Hürstenau gab ein junger Mensch einen Revolverausch auf das Auto ab, wobei der Begleiter Schmidts, der Osnabrücker Demokrat Adamzahl, durch einen Lungenschuß schwer verletzt wurde. Der Täter ist ein sechzehnjähriger Junge aus Hürstenau namens Franz Wilken. Er wurde festgenommen.

### Rundgebung der christlichen Gewerkschaften.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm auf seiner Tagung in Baderborn eine Entschließung an, worin er allen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung empfiehlt, am 1. Mai in der gewohnten Weise der Arbeit nachzugehen und instabilen Versuchen, durch terroristischen Takt die Stilllegung der Betriebe am 1. Mai zu erzwingen, mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Des Weiteren fordert der Ausschuß des Gesamtverbandes die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, dahin zu wirken, daß die Wahlbewegung einen den Erfordernissen der Lage des deutschen Volkes gerecht werdenden Verlauf nimmt. Alle Anhänger sollen sich stets vor Augen halten, daß, je größer die Unreinigkeit des deutschen Volkes im Innern, desto länger sein Lebensweg ist. Unter allen Umständen soll auch verhindert werden, daß parteipolitische Auseinandersetzungen in Gewerkschaftsversammlungen stattfinden.

### Der kommunistische Wahlausmarsch.

Die Kommunisten, die sich bisher eigentlich recht ruhig und zurückhaltend im Wahlkampf gezeigt haben, scheinen nun darauf auszugehen, alle Mittel der Gewalt anzuwenden, um überall

Wahl am letzten...  
rigen Jungen...  
wurden, als Auf...  
nehmen. Die...  
Einwohner, der...  
Wahl...  
den de...  
kommen lassen...  
Bemerkung der...  
der Reichweite...  
Wahl...  
gibt der von...  
len, zumal sie...  
zum Kampf. D...  
dem Wahlkampf...  
Industriegebiet...  
gebiet wählere...  
föhen. In...  
weiterfrag...  
best...  
hatte, die...  
Demagog... am

### Verfä...

Wann bei alle...  
Geschäfts...  
Erschienen... Nar...

### Reich...

Nach § 47...  
§ 40...  
kanntgemacht...  
Die hiesige...  
und zwar...  
Wahlbezirk I für...

Wahlbezirk II...  
Die Abstimm...  
Sonntag, den...

Ferner wie...  
amtlich hergeste...  
Bezirkewahlvors...  
Partei und die...  
vorschlags, bei...  
vereinigung oder...  
der Bewerber...  
Stimmabgabe d...  
sonst erkennbar...  
schlag bezeichnet...  
Stimmzettel...  
gültig sind...

Näheres hi...  
Enstellers Re...  
schlich.

werden beim B...  
trag der Wahl...  
Bohnorts, hier...  
Uhr ausgestellt...

Die Stimm...  
abstimmen, in...  
Stimmschein...  
mungsbezirk wä...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...

Die Stimm...







**Liederkränz Neuenbürg.**  
Dente Mittwoch präzis  
1/2 Uhr Gesamtschüre, morgen  
Donnerstag Tenöre.

**Bezirks-Konsumverein  
Neuenbürg.**

Wir ersuchen unsere Mit-  
glieder, die Mitgliedsbücher  
umgehend in den Verkaufsstellen  
abzugeben, damit die  
aufgewerteten Beträge in Gold-  
mark eingekauft werden können.

**Ob- und  
Gartenbauverein  
Neuenbürg.**

Dente abend 6 Uhr  
Kunstdrucker-Ausgabe  
im Vereinslokal (beim Gast-  
haus zur „Rose“).  
Der Vorstand.

**Neuenbürg.**

Wir suchen zum sofortigen  
Einstritt einen tüchtigen

**Dreher.**

**Beller & Fischer,**  
G. m. b. H.

**Neuenbürg.**

Zuverlässiger Mann für

**Gartenarbeit**

gesucht.  
Hptm. Deuchterberger.

**Pforzheim.**

**MARKT**

**DROGERIE**

**Wasserglas**

1 Liter **40** Pfennig

**Herrenalb.**

Eine gewandte

**Saaltochter,**

sowie ein tüchtiges

**Zimmermädchen**

wird sofort gesucht.  
Pension Rühler Brunnen.

**Waldrennach.**

Eine schone, junge

**Milch- u.  
Fahrlub,**

1 mal gefalbt, verkauft  
Kugur Hinfelner.

# Wahl-Aufruf.

„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“

Diese Losung steht am Anfang und Ende aller deutschen Politik.  
Frei von äußerer Fremdherrschaft; frei vom Marxismus, der uns Frieden,  
Freiheit und Brot verspricht, aber Unfrieden, Knechtschaft und Not gebracht hat,  
frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!

Darum wollen wir:  
Freiheit des Bürgertums von deutscher Kriegsschuld.  
Los von dem Diktat von Versailles!  
Wählung aller Versuche, zu den alten Ketten neue zu schmieden.  
Keine Scheinfreiheit um den Preis unerträglicher Opfer.  
Wahrung der deutschen Ehre und Würde, eine Politik entschlossenen  
nationalen Willens.  
Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, Opferwille und Justiz.  
Treu und Treue den bedrängten Volksgenossen in Ost, West und Nord!  
Kein Fußbreit der uns entrissenen deutschen Erde darf jemals preis-  
gegeben werden.  
Der Rhein ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze.  
Das Ziel des deutschen Selbstbestimmungsrechtes ist für uns:  
Von den Alpen bis zum Belt

**ein Volk, ein Reich, ein Kaiser!**

Zurück zu den Grundlagen der

**deutschen Verfassung.**

wie sie Bismarck einst von Preußen aus schuf: Dem Reiche, was des Reiches  
ist, aber Eigenleben und Eigenverantwortung für Länder und Gemeinden.  
Fort mit der Weimarer Verfassung des Parlaments!  
Ehre dem alten Heer und seinen Führern! Stolz auf die deutsche Ver-  
gangenheit, lassen wir nicht von ihrem Wahnsinn: Der Fahne schwarz-weiß-rot  
Staat und Volk sein erfüllt von christlichem Geist. Wir fordern das  
christliche Schulgesetz, das im alten Reichstag begraben liegt, weil manche bürgerliche  
Partei lieber das Schulgesetz aufsteht, als das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie.  
Kampf gegen die Herrschaft und den zersetzenden Geist des  
Judentums auf allen Gebieten!  
Schutz dem durch Versailles Tat geschaffenen ehrlichen Soldat; Schutz  
den durch uneheliches Geld und ungerechte Gesetze Beschädigten und Verarmten,  
insbesondere den kleinen Sparern!  
Statt der bisherigen Mißwirtschaft strengste Sparsamkeit; Einfachheit  
und Klarheit im Steuerwesen wie in der ganzen Gesetzgebung.  
Das Eigentum bleibt die Voraussetzung jedes wirtschaftlichen Fortschritts.  
Schutz dem verkündenden Mittelstande und seinen freien Berufen; Schutz  
den schaffenden Ständen, Handwerk, Industrie und Handel.  
Schutz der deutschen Landwirtschaft, der wichtigsten Lebensgrundlage von  
Volk und Staat. Durchgreifende, ungeläunte Hilfsmaßnahmen gegen die  
Kredit-, Preis- und Steuererlöse, die sie in ihren Wurzeln bedroht.  
Schutz den Berufsbeamten, deren Stellung und Lebenshaltung zu sichern  
ist. Fort mit den Eindringlingen, denen nur die Parteikarte den Weg zur  
Beamtenlaufbahn erschloß!

**Soziales Empfinden**

muß uns einen, das tägliche Leben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer be-  
herrschen, alle gesellschaftlichen Vorurteile und jeden Klassengeist überwinden. Der  
Arbeiter ist vollberechtigtes Glied der Gesellschaft. Die Leistung  
und der Wert der Persönlichkeit müssen im staatsbürgerlichen und wirt-  
schaftlichen Leben entscheiden. Die Fürsorge für die wirtschaftlich schwächeren  
Volksteile darf nicht verklammern. Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und  
soziale Versicherung sind einfach und wirksam zu gestalten.  
Die Not des Vaterlandes verlangt vermehrte Arbeitsleistung, die  
durch den friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer  
und deren Zusammenwirken in Arbeitsgemeinschaften gehoben werden  
muß. Die Erhaltung der Arbeitskraft und Lebensfreudigkeit des Volkes ist jeder  
Sozialpolitik oberstes Gesetz.

Wer mit uns den auf reines deutsches Volkstum gegründeten christlichen,  
sozialen und monarchischen Staat will, ist uns willkommen als Mitkämpfer für  
die große deutsche Sache.

Fort mit der Schuldfrage und Fremdherrschaft!

Deutschland den Deutschen!

Für Christentum, sozialen Geist und ehrliche Wirtschaft!

Für Schwarz-Weiß-Rot!

**Wählt**

**Vaterländisch-völkischen Reichsblock**

Deutschnationale Volkspartei, Württ. Bürgerpartei  
und Vereinigte Vaterländische Verbände.

Neuenbürg, den 30. April 1924.

## Danksagung.

Tiefgegriffen von all der herzlichen Teil-  
nahme, die ich bei dem jähen Verlust meines  
geliebten Mannes erfahren durfte, möchte  
ich auf diesem Wege innigen Dank sagen,  
Der Firma Hausen & Sohn, den Herren  
Angestellten, der verehrlichen Arbeiterschaft,  
den Herren Sängern des Liederkranzes, dem  
verehrlichen Kriegerverein und den Vielen,  
die ihn zur letzten Ruhe begleiteten, sei be-  
sonders gedankt. Ebenso dankt für die  
ehrenden Nachrufe und die prächtigen Kranz-  
spenden tiefbewegten Herzens

die Gattin: **Julie Trillmann.**

## Ein grosser Posten

# roh Cretonne

160 breit, aus erstklassigem Garn hergestellt, ge-  
eignet für Bettlüber, Sonnenstore und Geschäfts-  
blusen, zum Reklamepreis von Mk. **1,95** p. Mr.

**Pforzheim J. Frank** Wäsche- u.  
Westliche 29, Aussteuer-  
1. Etage. Artikel.

## Dr. Thompson's Seifenpulver



**Überall zu haben**

## Markisendrelle

in versch. Farben, auch imprägniert,  
**Matrazendrell, Bettbarchent**  
empfiehlt vorteilhaft

# Oskar Burghard

Lorrannerstr. 1-3 Pforzheim Telefon 103.  
Spezialgeschäft für Gardinen,  
Röbelstoffe, Teppiche, Vorlagen, Artikel  
für Innen-Dekoration.

## Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb

29. April 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Geldanleihe	4,2	4,2	Benz. Akt.	—	—
3% St. Reichsanl.	—	—	Baderstr. Akt.	8 1/2	10,2
4% W. Staatsanl.	0,460	0,465	Charlottenburger	—	—
5% „ „	0,079 1/2	0,08 1/4	Wasser Akt.	15	15 1/2
3% „ „	—	—	Daiml. Mot. Akt.	2,7	—
4% W. Staatsanl.	0,350	0,400	Gaggenau	—	—
5% „ „	0,220	0,220	Eisen Akt.	3,5	3 1/2
3% Südb. Fest- wertbank Obl.	1,075	1,09	Germania	—	—
6% „ „	—	—	Lindeum Akt.	6,4	6
5% „ „	—	—	Hary Berg Akt.	44 1/2	46 1/2
6% „ „	—	—	Höchst. Farb. Akt.	9 1/2	10 1/2
5% „ „	—	—	Junghans Akt.	6 1/2	6 1/2
5% „ „	—	—	Köln-Kottm. Akt.	5 1/2	5 1/2
5% „ „	—	—	Kölnstr. & Saur- dan Akt.	19 1/2	18
5% „ „	—	—	Kölnstr. Akt.	5 1/2	5 1/2
5% „ „	—	—	Laurens Akt.	7 1/2	8 1/2
5% „ „	—	—	Magnus Akt.	1,8	1,8
5% „ „	—	—	Mansfeld Akt.	5,3	5,8
5% „ „	—	—	R. S. H. Akt.	3,7	4,1
5% „ „	—	—	Reichswerke Akt.	3,9	3 1/2
5% „ „	—	—	Sals. Heilbr. Akt.	—	5 1/2
5% „ „	—	—	Stuttg. Zuck. Akt.	2,5	2 1/2
5% „ „	—	—	Wien. Elek. Akt.	4,2	3,5
5% „ „	—	—	Wolfsb. Akt.	6,7	7 1/2

## Urteil

Wie untenstehend lauten täglich ein. Machen auch Sie einen  
Versuch mit den Spezialitäten der Firma Robert Ruf, Ettlingen.

**Ruf's Heidelbeeren mit Zutat.**

„Kaffee“ Ruf's getrocknete Kaffee mit Zutat, in  
Paketen zu 50 und zu 100 Str.

**Ruf's Mostmanns mit Heidelbeersatz.**

„Apfel“ Ruf's Mostmanns mit Apfelsatz in  
Flaschen zu 50 und zu 100 Str. — Mit und ohne  
Eckstoff.

Oberdirlach, 11. März 1924.

Möchte Herrn Ruf bitten, uns so bald wie möglich 1 Paket  
Heidelbeeren für 150 Liter und 1 Paket Heidelbeeren für 200  
Liter ohne Eckstoff zu senden. Waren mit der letzten Sendung  
sehr zufrieden und denken wieder so guten Heidelbeerenwein  
machen zu können.

gez. Wilhelm Schödl.

Niederlagen: Ab. Becker, Neuenbürg; Gotthilf Selges,  
Enzberg; Gotth. Huber Wwe., Enzberg; Friedr. Gaus,  
Enzberg; Ab. Sommer, Maulbronn; Erk. Rübke,  
Herrenalb.

Wer verkaufen will, muß inserieren.

## Schönbürg. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-  
kannte zu unserer am  
**Donnerstag, 1. Mai 1924,**  
in unserem elterlichen Hause Gsch. 1. „Löwen“  
stattfindenden

## Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als  
persönliche Einladung anzunehmen zu wollen.

**Richard Menges,** Pensionsbesitzer.

**Meta Burghard,**

Tochter des Fr. Burghard zum „Löwen“.

**Hermann Burghard,**

Sohn des Fr. Burghard zum „Löwen“.

**Berta Schweiler,**

Tochter d. Karl Schweiler, Landwirts in Gemmingheim.  
Kirchgang 1 Uhr.

